



HESSISCHER LANDTAG

02. 06. 2026

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD****Mehr Schutz im Netz: Digitale Gewalt in Hessen wirksam bekämpfen, Betroffene schützen und Täter zur Rechenschaft ziehen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass digitale Gewalt ein ernstzunehmendes, weitreichendes gesellschaftliches Problem darstellt, welches stetig zunimmt. Immer häufiger sind Menschen, insbesondere Frauen, im digitalen Raum Angriffen ausgesetzt, die ihre Würde verletzen, ihr Sicherheitsgefühl beeinträchtigen und ihre gesellschaftliche Teilhabe gefährden. Digitale Gewalt bezieht sich auf verschiedene Formen von Belästigung, Herabwürdigung, Diskriminierung oder sozialer Isolierung im Internet oder mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel. Dabei geht es den Angreifern meist darum, ihren Opfern persönlich zu schaden (beruflich und/oder privat), sie einzuschüchtern, zu bedrohen, zu diffamieren, bloßzustellen oder Macht und Kontrolle über sie auszuüben.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Aufklärung, Verfolgung und wirksame Bekämpfung digitaler Gewalt eine besondere Herausforderung für die staatlichen Institutionen darstellt. Laut der Dunkelfeldstudie LeSuBiA (Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag) haben in den letzten fünf Jahren 20 Prozent der Frauen und 13,9 Prozent der Männer digitale Gewalt im weiteren Sinne erlebt. Digitale Gewalt tritt sowohl als eigenständiges Phänomen als auch als Fortsetzung oder Verstärkung analoger Gewalt-, Abhängigkeits- und Konfliktverhältnisse auf. Dabei kann sie für Betroffene zu hoher psychischer Belastung und sozialer Ausgrenzung führen. Zugleich beeinträchtigt sie die gesellschaftliche Teilhabe, wenn Menschen eingeschüchtert, aus digitalen Debatten verdrängt oder an der freien Äußerung ihrer Meinung gehindert werden. Eine wirksame Bekämpfung erfordert ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen, das technologische, rechtliche und gesellschaftliche Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung bereits durch verschiedene Formate dem Phänomen digitaler Gewalt begegnet. Dies umfasst die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT), die besonders aufwendige und umfangreiche Ermittlungsverfahren im Bereich der Internetstraftaten bearbeitet. Des Weiteren ist die Anlauf- und Beratungsstelle bei Hass und Hetze im Netz zu nennen, die den hessischen Bürgerinnen und Bürgern grundlegende Informationen und Ansprechpartner rund um das Thema Hass und Hetze im Netz vermittelt. Darüber hinaus widmet sich das durch die Landesregierung initiierte „Netzwerk gegen Gewalt“ diesem vielschichtigen Problem durch Präventionsmaßnahmen und die Vernetzung aller relevanten Akteure. Im Vorgehen gegen digitale Gewalt kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Gesellschaft als ganzer eine besondere Bedeutung zu.
4. Mit dem Frauensicherheitspaket sorgt Hessen bereits heute für mehr Schutz, effektive Strafverfolgung und bessere Prävention. Zugleich ist festzustellen, dass weiterer Handlungsbedarf besteht, um Prävention, Beratung und Betroffenenenschutz im Umgang mit digitaler Gewalt weiter auszubauen und dauerhaft zu verankern. In diesem Sinne gilt es zum einen, begleitend zu den auf Bundesebene eingeleiteten straf- und zivilrechtlichen Reformen die Hessische Polizei und Justiz zu stärken. Zum anderen sollte die Prävention digitaler Gewalt langfristig und systematisch in der Bildung integriert und der Schutz und die Unterstützung von Betroffenen digitaler Gewalt verbessert werden.

5. Der Landtag würdigt die von der Landesregierung angekündigten Maßnahmen gegen digitale Gewalt in Hessen, die darauf abzielen Prävention und Opferschutz auszubauen, die Kompetenzen der Polizei zu stärken und Fachwissen zu bündeln. Dazu zählt die Einrichtung einer zentralen Ansprechstelle, die die Bearbeitung bündelt und durch ein landesweites Lagebild zu sexualisierten Deepfakes ergänzt wird. Schulungen, moderner Technikeinsatz zur Erkennung von Deepfakes sowie der Ausbau von Fachwissen unterstützen künftig die Ermittlungen. Auch die Staatsanwaltschaften werden gezielt geschult und der Wissensaustausch gestärkt. Mit einer neuen Beauftragten für die Verfolgung von Straftaten mit frauenfeindlichem Hintergrund wird es zudem eine zentrale Ansprechperson für entsprechende Gewalttaten geben. Gleichzeitig stellt die Landesregierung den Schutz der Betroffenen in den Mittelpunkt: Ein landesweites Kompetenznetzwerk „Deepfake“ sowie erweiterte Präventionsprogramme wie „Digital Natives“ und das Netzwerk gegen Gewalt sorgen für Aufklärung und Unterstützung.
6. Der Landtag begrüßt die auf Bundesebene angestrebte Gesetzesinitiative zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt. Da der straf- und zivilrechtliche Schutz vor digitaler Gewalt bislang Lücken aufweist, zielt der Gesetzentwurf insbesondere darauf ab, den strafrechtlichen Rahmen zu stärken und den Phänomenbereich digitalisierte Gewalt klarer zu erfassen. Vorgesehen ist die Einführung neuer Straftatbestände, um bestehende Strafbarkeitslücken zu schließen, insbesondere bei sexualisierten Deepfakes, voyeuristischen Bildaufnahmen und sogenannter „Rachepornografie“ sowie beim Cyberstalking etwa durch GPS-Tracking. Zugleich soll die Rechtsdurchsetzung für Betroffene erleichtert werden: Online-Plattformen und Internetanbieter werden stärker in die Verantwortung genommen, insbesondere durch verbesserte Auskunftsansprüche und Accountsperrern. Zudem begrüßt der Landtag die auf EU-Ebene erzielte Einigung zwischen Vertretern der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments zur Anpassung der KI-Verordnung. Demnach sollen KI-Anwendungen zum missbräuchlichen Erstellen von sexualisierten Deepfakes in der EU künftig verboten sein. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Einführung einer gesetzlichen IP-Adressspeicherung wird die Aufklärung entsprechender Straftaten zusätzlich fördern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Juni 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert